



## **95 FORDERUNGEN FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT**

1. Klares politisches Bekenntnis zur Erfüllung der klimapolitischen Ziele für 2020, 2030 und 2050
2. Aufkommensneutrale Ökologisierung des Steuersystems: Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit
3. Einsatz für eine europaweite CO<sub>2</sub>-Steuer bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit auf europäischer Ebene
4. Einsatz für einen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich auf europäischer Ebene, um weltweit klimaschonendes Wirtschaften zu fördern
5. Schaffung eines Klimatransparenzgesetzes inklusive CO<sub>2</sub>-Budget auf nationaler Ebene
6. Einführung entsprechender Klimatransparenzgesetze und CO<sub>2</sub>-Budgets auf Bundesländerebene
7. Verstärkte Berichtspflichten und klare Verantwortlichkeiten, um Klimapolitik effektiver und transparenter zu gestalten
8. Ambitionierte Überarbeitung und Vervollständigung des Nationalen Energie- und Klimaplans (NEKP), inklusive eines klar definierten Fahrplans und Maßnahmen
9. Volle Einbindung von Parlament, Stakeholdern und Expert\_innen bei der Finalisierung des NEKP
10. Schaffung eines Erneuerbaren-Ausbaugesetzes, das einen effizienten Ausbau von erneuerbarer Energie ermöglicht und Netzstabilität gewährleistet
11. Abbau systemischer Markt Vorteile für Energieversorger in den Bundesländern
12. Überarbeitung der Netzgebühren (Flexibilisierung sowie Erstattung für Unternehmen, die stabilisierend erneuerbaren Strom ins Netz einspeisen)

13. Erhöhung der Forschungsförderungen für erneuerbare Energie- und Speichertechnologien
14. Abbau von regulativen und bürokratischen Hindernissen, um Zugang zum Regel- und Ausgleichsmarkt zu vereinfachen
15. Langfristige Anpassung der Energieinfrastruktur, um die Elektrifizierung des Verkehrs und die Dezentralisierung des Energiesystems zu gewährleisten
16. Etablierung einer regionalen und überregionalen Energieraumplanung in allen Bundesländern
17. Photovoltaik-Offensive für Großdächer, Verkehrsflächen und Parkplätze
18. Gewährleistung eines naturverträglichen Ausbaus von Wasserkraft und Windenergie
19. Einsatz für einen Stromnetzausbau ohne Ausnahmen auf europäischer Ebene, um den Ausbau von erneuerbaren Energien zu erleichtern
20. Streichung aller umweltschädlichen Subventionen und Anreize
21. Sanierungs- und Energieeffizienzoffensive mit Anreizsystem und steuerliche Begünstigungen im privaten Wohnbau
22. Zusammenarbeit von Mieter\_innen, Vermieter\_innen und Gebäudeverwaltungen bei der Sanierung durch Anreizsystem erleichtern
23. Öffentlichen Wohnbau als Vorreiter in Sachen thermische Sanierung und Energieeffizienz etablieren
24. Vorbildfunktion aller öffentlichen Institutionen und staatlichen Akteure in Sachen CO<sub>2</sub>-Reduktion und Energieeffizienz sicherstellen
25. Fertigstellung einer ambitionierten Wärmestrategie, die die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bis 2050 sicherstellt
26. Volle Einbindung von wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen bei der Erstellung der Wärmestrategie
27. Ausstieg aus Ölheizungen bis 2030
28. Öffentlichen Verkehr durch Investitionen und Taktung attraktiver und effizienter machen
29. Wiederbelebung unrentabler öffentlicher Verbindungen durch Public Private Partnerships und transparente Ausschreibungen

30. Einsatz für ein einheitliches, emissionsreduzierendes Luftraummanagement auf europäischer Ebene (Single European Sky)
31. Maßnahmen zum Ausbau und zur Verbesserung des europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes
32. Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene
33. Dekarbonisierung des Individualverkehrs durch Förderung von Innovationen und Forschung sicherstellen
34. Deutlicher Ausbau der Fahrradinfrastruktur und der direkten Verbindungen zwischen Ortschaften
35. Verstärkte Anreize zum Pendeln mit dem Fahrrad
36. Einsatz für den ausständigen Ausbau des Euro-Velo Radnetzes auf europäischer Ebene
37. Ausbauoffensive der Infrastruktur für Fußgänger
38. Ausbau von High-Speed Internet und Anpassung von rechtlichen Rahmenbedingungen, um Home Office zu erleichtern
39. Langfristige Dekarbonisierung sämtlicher Beteiligungen und Investments des Bundes
40. Beendigung des 140 km/h-Experiments auf der Westautobahn
41. Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Wissenstransfer und Capacity-Building zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Modernisierung der Energiesysteme in Drittstaaten
42. Grundsätzlicher Wandel im politischen Verständnis der Landwirt\_innen - weg von Produzent\_innen und Förderempfänger\_innen, hin zu innovativen Unternehmer\_innen und Umweltdienstleister\_innen
43. Einsatz für eine grundsätzliche Reform der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf europäischer Ebene - weg von der Flächenförderung und hin zu einer Förderung nach ökologischen Kriterien
44. Stärkere Transparenz und Ökologisierung beim Einsatz von Fördermitteln für die ländliche Entwicklung
45. Schaffung eines Masterplans für CO<sub>2</sub>-Reduktion und nachhaltige Mobilität in der Landwirtschaft

46. Politisches Bekenntnis zur Reduktion des chemischen Pflanzenschutzes in Österreich
47. Überarbeitung des nationalen Aktionsplans über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln
48. Maßnahmen, um innovative Unternehmen in den Bereichen des integrierten Pflanzenschutzes und der Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz zu fördern
49. Überarbeitung der landwirtschaftlichen Förderstrukturen, um integrierten Pflanzenschutz zu fördern
50. Investitionen in unabhängige Forschung, um integrierten Pflanzenschutz zu fördern
51. Überarbeitung der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung mit Schwerpunktsetzung auf integrierten Pflanzenschutz
52. Sachlichen Dialog zwischen Landwirt\_innen, Umweltschützer\_innen und der Bevölkerung fördern
53. Maßnahmenpaket, um Landwirt\_innen beim Glyphosatausstieg zu unterstützen
54. Politisches Bekenntnis zur Einhaltung aller internationalen Verpflichtungen, Verträge und Konventionen zum Biodiversitätsschutz
55. Überarbeitung und Aktualisierung der österreichischen Biodiversitätsstrategie
56. Einschränkung des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln im privaten Gebrauch
57. Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Förderung von Biodiversitäts- und Insektenschutz in Privatgärten
58. Ausarbeitung von Gesetzen für den Schutz von Bio-Landwirtschaftsflächen vor Kontamination durch chemische Pflanzenschutzmittel
59. Anpassung der Jagdordnungen zum Schutz des Waldes, insbesondere des Schutzwaldes, vor Wildschäden
60. Effektive Schritte zur Verhinderung von illegaler Jagd auf geschützte Arten
61. Schaffung einer österreichweiten, integrierten Gesamtstrategie für den Umgang mit Wolf, Luchs und Bär
62. Ausarbeitung einer umfassenden Plastikstrategie für Österreich, mit dem Ziel der Reduktion von Verpackungen, Plastikmüll und Mikroplastikkontamination

63. Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen bei der Überarbeitung der Plastikstrategie gewährleisten
64. Maßnahmenoffensive zur Förderung von Pfand-, Wiederverwendungs- und Reparaturkreisläufen
65. Schritte zur Erhöhung der Recyclingquote und zur Reduktion der Abfallmengen
66. Überarbeitung des Abfallwirtschaftsgesetzes, um Kreislaufwirtschaftskonzepte zu erleichtern
67. Regelmäßiges Monitoring der Mikroplastikkontamination in österreichischen Böden und Gewässern
68. Evaluierung der Mikroplastikkontamination in Nahrungsmitteln aus Österreich und Erstellung eines Maßnahmenpakets
69. Prüfung der Umweltbelastung durch Kunststoffoberflächen und Kunstrasenplätze und Erstellung eines Maßnahmenpakets
70. Überarbeitung der Kompostrichtlinie, um Mikroplastikkontamination im Boden zu vermeiden
71. Einsatz auf europäischer und internationaler Ebene, um Plastikmüll und Mikroplastikkontamination weltweit zu minimieren
72. Prüfung von Abfallrichtlinien und der Gesetzgebung, um Hindernisse für die Wiederverwertung oder Reparatur von Rohstoffen bzw. Geräten zu beseitigen
73. Prüfung der Abfallrichtlinien, um innovativen Unternehmen die Nutzung und Weiterverwertung von organischen Abfällen zu erleichtern
74. Maßnahmenpaket zur Förderung von Urban Mining und innovativer Wiederverwertungsmethoden
75. Schulung und Bewusstseinsbildung im Bildungssystem zur Abfallreduktion und Mikroplastikvermeidung
76. Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Wissenstransfer und Capacity-Building zur Abfallreduktion und Mikroplastikvermeidung in Drittstaaten

77. Dringend notwendige Maßnahmen zur Verbesserung des Zustandes österreichischer Fließgewässer gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie setzen
78. Monitoringmaßnahmen zur Verhinderung von Gewässerverschmutzung durch Binnenschifffahrt einrichten
79. Verschärfung des nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans entsprechend der Ergebnisse des "European Waters-Berichts" der EEA (2018)
80. Erstellung eines ambitionierten nationalen Luftreinhalteprogramms gemäß EU-NEC (Emissionshöchstmengen)-Richtlinie
81. Klares politisches Bekenntnis zur Verhinderung von Zersiedelung und Flächenversiegelung
82. Erarbeitung eines Bundesrahmengesetzes und einer Bundesstrategie für Flächenmanagement und Raumordnung
83. Maßnahmen zur Förderung von Flächenrecycling und Ausgleichsmaßnahmen bei Neuverbauung
84. Reform der Widmungs- und Kontrollkompetenzen, um die Neuverbauung und Flächenversiegelung zu minimieren
85. Anpassung sämtlicher Förder- und Subventionssysteme, um Zersiedelung und Flächenversiegelung zu verhindern
86. Maßnahmenpaket zur Verhinderung von Bodenerosion
87. Schaffung von grünen Infrastrukturen auf allen Ebenen der Raumplanung
88. Verstärkte Kontrolle, Transparenz und Informationsaustausch bei Flächenwidmungen und Raumplanung zur Erleichterung der Forschung und der Öffentlichkeitseinbindung
89. Schaffung eines Bundesnaturschutzrahmengesetzes, um Bundesländer bei Versäumnissen stärker in die Pflicht nehmen zu können, und internationale Verpflichtungen schneller umsetzen zu können
90. Klares politisches Bekenntnis, Österreich als Vorreiter und Innovationsmotor in Sachen grüner Technologien zu etablieren
91. Etablierung einer Kultur der Transparenz und Kooperation mit NGOs und der Zivilgesellschaft im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus
92. Einsatz auf europäischer und internationaler Ebene, um Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu einem Fundament der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu machen

93. Einsatz auf europäischer und internationaler Ebene, um Druck auf die USA zum Wiedereintritt in das Pariser Klimaschutzabkommen auszuüben
94. Gesamtheitliche Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen in Österreich
95. Umsetzung und Mainstreaming der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) in allen Bundesministerien